



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit  
und öffentlicher Dienst  
ING. HARALD Ettl

II-11020 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1  
Tel. (0222) 531 15/0  
DVR: 0000019

Zl. 353.260/85-I/6/90

10. Mai 1990

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

Parlament  
1017 W i e n

51221AB

1990 -05- 11

zu 51601J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Harrich und Freunde haben am 13. März 1990 unter der Nr. 5160/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Situation der Gast-ärztInnen und HospitantInnen an der Psychiatrischen Universitätsklinik in Wien sowie die Versorgung der vom Stellenmangel an dieser Klinik betroffenen Patienten gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 10 und 14:

Der Fragenkomplex der Heranziehung von Jungärzten zur Patientenbetreuung in Krankenanstalten ohne Entgelt war bereits Gegenstand der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4827/J der Abgeordneten zum Nationalrat Srb und Freunde, sodaß ich zunächst auf die Ausführungen in meiner Anfragebeantwortung vom 8. März 1990 verweisen darf.

- 2 -

Grundsätzlich ist demnach festzuhalten, daß eine Universitätsklinik eine Abteilung einer Krankenanstalt darstellt, die sowohl Aufgaben der Patientenbetreuung als auch zusätzlich Aufgaben der Forschung und Lehre erfüllt.

Soweit die gegenständlichen Fragen nicht Fragen der ausreichenden Patientenbetreuung betreffen, die als Angelegenheiten des Krankenanstaltenwesens in den Vollzugsbereich der Länder fallen, darf ich auf die Beantwortung der analogen Anfrage Nr. 5158/J durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung verweisen.

Zu den Fragen 11 bis 13:

Auch die in meinen Kompetenzbereich fallende Frage der Anrechenbarkeit unbezahlter Tätigkeiten im Rahmen der Patientenbetreuung war bereits Gegenstand der parlamentarischen Anfrage Nr. 4827/J der Abg. Srb und Freunde vom 8. Jänner 1990.

Ich darf daher meinen Standpunkt im Rahmen meiner Anfragebeantwortung vom 8. März 1990 nochmals ausdrücklich wiederholen.

Nach dem Ärztegesetz 1984, das in seinem § 105 Abs. 1 - wenn auch kompetenzrechtlich problematisch - grundsätzlich davon ausgeht, daß den Turnusärzten ein angemessenes Entgelt gebührt, hat die postpromotionelle praktische Ausbildung an Universitätskliniken im Rahmen von Arbeitsverhältnissen und - um auf die Ausbildung zum Facharzt im Hauptfach anrechenbar zu sein - auf einer Planstelle zu erfolgen.

Das Erfordernis eines Arbeitsverhältnisses gilt nicht nur für Universitätskliniken, sondern auch für die Turnusausbildung an anderen Krankenanstalten. Nur so ist gewährleistet, daß Rechte und Pflichten der ausbildenden Abteilung sowie des auszubildenden Arztes (auf Vermittlung bzw. Absolvierung einer den ärztlichen Ausbildungsvorschriften entsprechenden Ausbildung) vertraglich abgesichert sind.

- 3 -

Die Forderung, daß für geleistete Arbeit im Rahmen der Patientenbetreuung in Krankenanstalten, die das wesentliche sachliche Substrat der postpromotionellen praktischen Ausbildung im Rahmen des Turnus darstellt, ein Entgelt und damit Sozialversicherungsschutz zu gewährleisten ist, muß nochmals unterstrichen werden.

Dies fällt aber nicht - wie bereits erwähnt - in meinen Einflußbereich.

Im Rahmen meiner Zuständigkeit werde ich aber durch eine Novellierung des Ärztegesetzes ausdrücklich klarstellen, daß die Frage der Entgeltlichkeit allein kein Kriterium für die Anrechenbarkeit einer Ausbildungszeit darstellt. Dies erscheint mir im Interesse tatsächlich unentgeltlich arbeitender Turnusärzte ("Gastärzte") jedenfalls derzeit vordringlich geboten.

Unverzichtbar erscheint mir aber, daß ein eindeutiger Nachweis durch den Rechtsträger der Krankenanstalt erbracht wird, daß ein der Ausbildung dienendes - wenn auch unentgeltliches - Arbeitsverhältnis zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Ausbildung vorliegt.

Bezüglich der Anrechenbarkeit von Ausbildungszeiten zum Facharzt werde ich die Möglichkeit der Schaffung über die Planstellen hinausgehender, zusätzlicher Ausbildungsstellen an Universitätskliniken vorschlagen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die Aktivitäten der Bundesländer, Turnusärzte, die in einem - bezahlten - Arbeitsverhältnis etwa zu einer Landeskrankenanstalt stehen, im Hauptfach an Universitätskliniken ausbilden zu lassen. Dies gilt auch für die diesbezüglichen Bemühungen des in der Anfrage konkret angesprochenen Burgenlandes.

Zu Frage 15:

Die klinische Prüfung von Arzneimitteln am Menschen ist sehr streng durch den III. Abschnitt des Arzneimittelgesetzes, BGBl.Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 748/1988, geregelt.

Wesentliche Voraussetzung einer klinischen Prüfung ist die nachweisliche Einwilligung des Probanden oder Patienten. Diese Einwilligung kann rechtswirksam nur erteilt werden, wenn die betroffene Person geschäftsfähig und in der Lage ist, Wesen, Bedeutung, Tragweite und allfällige Gefahren der klinischen Prüfung einzusehen und ihren Willen danach zu bestimmen. Bei eingeschränkter Urteils- bzw. Kritikfähigkeit ist diesem Erfordernis nicht Rechnung getragen. Die Zustimmung des Sachwalters eines wegen Krankheit entmündigten Patienten hat nur in engen gesetzlichen Schranken Wirksamkeit. Sie kommt nur in Betracht, wenn die Anwendung des Arzneimittels medizinisch indiziert und das nicht auszuschließende Risiko unerheblich ist.

Zu Frage 16:

Der Arzt hat Arzneimittel nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft zu verordnen bzw. anzuwenden. Bei zugelassenen Arzneyspezialitäten ist davon auszugehen, daß diese in einem exakten behördlichen Verfahren einer eingehenden Prüfung unterzogen wurden. Gegen die weitere Sammlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen im Rahmen der indizierten therapeutischen Anwendung zugelassener Arzneyspezialitäten ist aus meiner Sicht nichts einzuwenden. Es wäre aber keinesfalls zulässig, ein nicht indiziertes Medikament aus Gründen einer bestimmten Marketing-Strategie anzuwenden.

Zu den Fragen 17 bis 19:

Die in den einzelnen Krankenanstaltengesetzen der Länder vorgesehenen Kommissionen sind berufen, die beabsichtigten klinischen Prüfungen zu beurteilen.

- 5 -

Gemäß dem Bundesgrundsatzgesetz haben den Kommissionen je ein Vertreter des ärztlichen Dienstes, des Pflegedienstes, des Trägers der Krankenanstalt und ein Seelsorger anzugehören.

Dem Bund kommt diesbezüglich nur die Grundsatzgesetzgebung zu. Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung liegen bei den Ländern. Dennoch ist die klinische Prüfung für mich ein so wichtiges Thema, daß ich mich mit all meinen Möglichkeiten für eine Hintanhaltung allfälliger Mißstände einsetzen werde.

Zu Frage 20:

Grundsätzlich möchte ich feststellen, daß ich mir mit dem Inkrafttreten des jüngst vom Nationalrat beschlossenen Unterbringungsgesetzes wesentliche Verbesserungen für die Stellung von Patienten in psychiatrischen Krankenanstalten samt einer effizienten Kontrolle erwarte. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf die Errichtung eigener Patientenanwälte (§§ 13 ff Unterbringungsgesetz).

Was die Frage der Finanzierung bzw. Sicherung einer ausreichenden Zahl solcher Patientenanwälte betrifft, darf ich auf die Beantwortung der analogen Anfrage Nr. 5159/J durch den Bundesminister für Justiz verweisen.

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, cursive letters that appear to be 'EHR'.